

Aktuelle Steuer-Nachrichten

1. Aus Gesetzgebung und Verwaltung:

a) Einigung bei der Erbschaftsteuerreform

Am 6.11.2008 hat sich der Koalitionsausschuss auf eine Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts geeinigt. Die wichtigsten Punkte der Einigung:

Privates Vermögen:

Wohneigentum soll – unabhängig vom Wert – komplett erbschaftsteuerfrei bleiben, wenn der Ehepartner oder Kinder des Erblassers dieses mindestens zehn Jahre lang selbst nutzen. D. h., dass es in diesen zehn Jahren weder zu einer Vermietung, zu einer Verpachtung, einem Verkauf oder zu einer Nutzung des ererbten Wohneigentums als Zweitwohnsitz kommen darf. Für Kinder gilt für die Steuerfreiheit zusätzlich die Auflage, dass die Wohnfläche nicht größer als 200 m² sein darf.

Daneben können Ehegatten für ererbtes Geldvermögen einen Freibetrag von 500.000 € geltend machen, für Kinder soll ein Freibetrag von 400.000 € gelten.

Betriebsvermögen:

Für Firmenerben wird es zukünftig zwei Optionen geben, deren Wahl bindend ist, d. h. nachträglich nicht revidiert werden kann. Bei beiden Optionen spielt der ursprünglich vorgesehene „Fallbeileffekt“ – die volle Nachversteuerung des Betriebsvermögens, wenn die Bedingungen nicht über die gesamte Laufzeit der Auflagen eingehalten werden – jetzt keine Rolle mehr.

Option 1: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern sieben Jahre fortführen, werden von der Besteuerung von 85 % des übertragenen Betriebsvermögens verschont, vorausgesetzt, die Lohnsumme beträgt nach sieben Jahren nicht weniger als 650 % der Lohnsumme zum Erbzeitpunkt. Daneben darf der Anteil des Verwaltungsvermögens am betrieblichen Gesamtvermögen höchstens 50 % betragen.

Option 2: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern zehn Jahre fortführen, werden komplett von der Erbschaftsteuer verschont, vorausgesetzt, die Lohnsumme beträgt nach zehn Jahren nicht weniger als 1000 % der Lohnsumme zum Erbzeitpunkt. Daneben darf der Anteil des Verwaltungsvermögens am betrieblichen Gesamtvermögen höchstens 10 % betragen.

Zeitplan:

Nach derzeitiger Planung soll der Deutsche Bundestag die Erbschaftsteuerreform in der Woche vom 24. bis 28.11.2008 verabschieden. Der Bundesrat soll in einer Sondersitzung am 12.12.2008 das Gesetzgebungsverfahren abschließen. (NWB 2008, Heft 47, S. 4367)

b) Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Überwindung der Konjunkturschwäche

Zur Stützung der Konjunktur als Folge der Finanzkrise und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat die Bundesregierung am 5.11.2008 ein 15-Punkte-Maßnahmenpaket beschlossen. Die meisten Maßnahmen sind für die nächsten zwei Jahre vorgesehen und sollen Investitionen und Aufträge in der Größenordnung von rund 50 Mrd. € fördern.

Dabei ist auch eine Reihe steuerlicher Maßnahmen vorgesehen:

Degressive Abschreibung:

Ab 1.1.2009 soll die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter in Höhe von 25 % für Investitionen in den nächsten zwei Jahren wieder eingeführt werden. Es ist zu erwarten, dass die Abschreibung zudem auf das 2,5fache der linearen Abschreibung begrenzt wird (früher 30 %, max. die dreifache lineare Abschreibung).

Die degressive Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter war gerade erst im Rahmen der Unternehmensteuerreform ab 2008 abgeschafft worden. Die Maßnahme war ein wesentlicher Bestandteil der Gegenfinanzierung.

Sonderabschreibung:

Zusätzlich soll für kleine und mittlere Firmen die Möglichkeit von Sonderabschreibungen (§ 7g EStG) erweitert werden. Dies soll durch eine vorübergehende Erhöhung der dafür relevanten Betriebsvermögens- und Gewinn Grenzen erfolgen.

Die geplante Ausweitung der Betriebsgrößenmerkmale für bilanzierende Unternehmen von bisher 235.000 € auf ein Betriebsvermögen von 335.000 € und die Verdoppelung der Gewinn Grenzen für Unternehmen, die ihren Gewinn durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermitteln, von 100.000 € auf 200.000 € sollen die Investitionstätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen stimulieren.

Handwerkerleistungen:

Die steuerliche Berücksichtigung von Handwerkerleistungen nach § 35a EStG soll verbessert werden. Bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird die Steuerermäßigung ab 2009 auf 20 % von 6.000 € verdoppelt – das sind 1.200 € statt bisher 600 €. Zwei Jahre nach Inkrafttreten wird überprüft, ob die verbesserte Absetzbarkeit eine wirksame Maßnahme zur Konjunkturstützung ist.

Kfz-Steuer:

Pkws mit Erstzulassung (Neuwagen) werden ein Jahr von der Kfz-Steuer befreit. Damit soll die Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer auf Emissionsabhängigkeit aufgelöst werden. Für Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Regelung gilt ab sofort und endet in jedem Fall am 31.12.2010. (Steuer-Telex 2008, S. 708)

2. Allg. Steuerzahlungstermine im Januar und Februar 2009

Das erste Datum gibt den gesetzlichen Fälligkeitstermin an, das zweite Datum das Ende der Zahlungs-Schonfrist: LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 12.01./15.01.; LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.02./13.02.; GewSt, GrundSt: 16.02./19.02. Hinweis: Schonfristen gelten nicht für Bar- und Scheckzahler. Die ebenfalls fünftägige sog. Abgabe-Schonfrist bei USt-Voranmeldungen und LSt-Anmeldungen wurde mit BMF-Schr. v. 1.4.2003 (BStBl. 2003 I, S. 239) für nach d. 31.12.2003 endende Voranmeldungszeiträume bzw. Anmeldezeiträume aufgehoben.

Stichwortverzeichnis 2008
Die erste Ziffer gibt den Monat, die zweite die Nachricht des betreffenden Monats an

Abgabenordnung

- Zur steuerlichen Berücksichtigung von Kosten der Strafverteidigung 1/3
- Haftung des Geschäftsführers: Umsätze in der Krise der GmbH 2/3
- Anspruch auf Vertrauensschutz bei Verschärfung d. Rechtsprechung des BFH o. Abweichung v. einer allgemein geübten Verwaltungspraxis keine Gleichheit im Unrecht 3/3
- Steuerpflicht d. Sponsoring gemeinnütziger Vereine 4/4
- Steuererklärungs- und Bilanzierungspflichten des Insolvenzverwalters 5/3
- Ersatzzustellung an im Haushalt des Adressaten beschäftigte Raumpflegerin 7/3
- Örtliche Zuständigkeit in Verschmelzungsfällen/Anwachungsfällen 8/3
- Zur (Zu-)Schätzung v. Besteuerungsgrundl. b. materiell fehlerhafter Buchführung 9/3
- Steuererstattungsanspruch bei zusammenveranlagten Ehegatten 10/3
- Feststellungsverfahren bei doppelstöckiger Personengesellschaft 10/4
- Keine Begründung einer Betriebsstätte durch bloßes Tätigwerden in den Räumen des Vertragspartners 10/5

Aus Gesetzgebung und Verwaltung

- Offenlegung von Jahresabschlüssen – Telefon-Hotline für Unternehmen 1/1a
- Bilanzielle Behandlung des Körperschaftsteuerguthabens 2/1
- Steuerliche Behandlung von Aufsichtsratsvergütungen; Bürokräfte, Büroräume und Kfz für das Aufsichtsratsmitglied 3/1a
- Einkommensteuerliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege 3/1b
- Steuererklärungen für das Kalenderjahr 2007; Fristverlängerungen 4/1
- Regierungsentwurf zur Eigenheimrente 5/1a
- Abgrenzung gewerbliche/freiberufliche Tätigkeit bei Autodidakten; Nachweis einer ingenieurähnlichen Tätigkeit bei technischen und datenverarbeitenden Berufen 5/1b
- Referentenentwurf für ein JStG 2009 6/1
- Vortragfähiger Gewerbeerlust nach § 10 a GewStG bei doppelstöckigen Personengesellschaften 7/1a
- Grunderwerbsteuer keine Betriebsausgabe in Fällen d. § 1 Abs. 2a u. Abs. 3 GrEStG 7/1b
- Regierungsentwurf für ein Jahressteuergesetz 2009 – Wesentliche Änderungen gegenüber dem Referentenentwurf 8/1a
- Pauschalierung der Lohn- und Einkommensteuer für Sachzuwendungen mit 30 % 8/1b
- Bundesrat stimmt Funktionsverlagerungsverordnung (FVerlV) zu 9/1a
- Neue Steuer-ID fürs ganze Leben 9/1b
- Gesetzentw. z. Steuerbürokratieabbauges. 9/1c
- Erteilung neuer Freistellungsaufträge im Hinblick auf die Abgeltungsteuer 9/1d
- Steuerl. Berücksichtig. d. Elterngeldes 10/1
- Bundesrat nimmt Stellung z. JStG 2009 11/1
- Einigung bei der Erbschaftsteuerreform 12/1a
- Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Überwindung der Konjunkturschwäche 12/1b

Bewertungsgesetz

- Umfang d. Verpflichtung d. Gutachterausschusses z. Ermittlung v. Bodenrichtw. 5/4

Bilanzierung

- Schätzung der Restnutzungsdauer von Wirtschaftsgütern bei Umwandlung 4/5

Bilanzrecht

- Zeitpunkt der Rückstellungsbildung wegen öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen 6/3
- Berechnung der Rückstellung für ausstehende Urlaubstage 9/4

Bilanzsteuerrecht

- Sonderabschreibungen nach § 4 FördG; Bilanzänderung durch anderweitige Verteilung von Sonderabschreibungen; Umfang des Abschreibungsvolumens; Berichtigung von Bilanzen der Folgejahre 3/4

Einkommensteuer

- Doppelte Haushaltsführung 1/4
- Aufw. eines Elternteils f. Besuche seiner bei dem anderen Elternteil lebenden Kinder nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar 1/5
- Ansparrücklagen nach § 7g Abs. 3 EStG für mehrere gleichartige Wirtschaftsgüter 1/6

- Vermögensverwaltung auch b. gelegentlichem Verkauf vermieteter beweglicher Wirtschaftsgüter vor Ablauf d. Nutzungsdauer 1/7
- Verluste aus beschränkter Haftung (§ 15a EStG); Behandlung von Einlagen im Rahmen des § 15a EStG in Folgejahren 1/8
- Einkünfteerzielungsabs. b. Ferienwohnungen 2/4
- Aufwendungen für den Erwerb der Fahrerlaubnis sind nicht abziehbar 2/5
- Vom Arbeitnehmer übernommene Einzelkosten eines Dienstwagens beim Einzelnachweis zu berücksichtigen 2/6
- Zuzahlungen des Arbeitnehmers z. d. Anschaffungskosten eines Dienstwagens auch bei pauschaler Vorteilermittlung Werbungskosten 2/7
- Ermittlung d. Eink. u. Bezüge d. Kindes 2/8
- Veräußerung eines Teilanteils an einer Personengesellschaft 3/5
- Steuerpflicht v. Zinsen aus Lebensversicherungen; steuerschäd. Darlehensverwendung 3/6
- Veräußerung von Indexzertifikaten mit Garantiezusage 3/7
- Ortsübliche Marktmiete bei verbilligt überlassenen Wohnungen 3/8
- Änderung d. Rechtspr. zur Vererblichkeit des Verlustabzugs nach § 10 d EStG 4/6
- Personelle Verflechtung unter Ehegatten als Vorauss. einer Betriebsaufspaltung 4/7
- Abgrenzung zwischen Sondervergütung u. Entnahme des Gesellschafters einer Personengesellschaft 4/8
- Steuerermäßigung nach § 35 a EStG – Nachträgliche Vorlage der Jahresabrechnung/Verwalterbescheinigung 4/9
- Einbringung von Wirtschaftsgütern des Privatvermögens in eine Personengesellschaft gegen die Gewährung von Mitunternehmeranteilen 5/5
- Nachweis der betrieblichen Veranlassung von Bewirtungsaufwendungen 6/4
- Keine unterjährige Auflösung von Ansparrücklage durch Überschussrechnung 6/5
- Zukünftiger Beratervertrag bei Betriebsveräußerung im Ganzen 6/6
- Übernahme nicht passivierter Rückstellungen bei Betriebsveräußerung 6/7
- Preisgeld für Teilnahme an Fernsehshow als sonstige Einkünfte 6/8
- Sanierung eines mit Dioxin belasteten Einfamilienhaus-Grundstücks 6/9
- Aufwendungen für Garten als Kosten des häuslichen Arbeitszimmers 7/4
- Behandlung von Fernseh-Preisgeldern 7/5
- Inanspruchnahme aus Bürgschaft als Kosten der Betriebsaufgabe 7/6
- Schuldzinsenabzug bei teils vermietetem, teils eigengenutztem Gebäude 7/7
- Realsplittung: Blankozustimmung und Aufteilung der Unterhaltsleistungen 7/8
- Ermittlung der Fahrtkosten im Rahmen einer längerfristigen, jedoch vorübergehenden beruflichen Bildungsmaßnahme 7/9
- Ertragsteuerliche Behandlung von Gebühren für verbindliche Auskünfte 8/4
- Berechnung des Entnahmegewinns bei überhöhter Gebäudeabschreibung 8/5
- Finanzierungskosten f. Rückzahlung v. Gesellschafterdarlehen als Betriebsausgaben 8/6
- Ordnungsmäßigkeit des Fahrtenbuchs trotz kleinerer Mängel 9/5
- Anwendung der 1%-Regelung auf einen geleasten Pkw 9/6
- Steuerliche Förderungen von Stiftungen 9/7
- Abweiche der Nutzungsdauer von der amtlichen AfA-Tabelle erfordert substantiierte Begründung 9/8
- Gewinn aus d. Veräußerung v. Anteilen an Kapitalgesellschaften bei Zuflussbesteuerung; Anw. des Halbeinkünfteverfahrens ab 2009 9/9
- Freie Berufe: Gewerbesteuerfreiheit und Abfärberegulierung verfassungsgemäß 9/10
- Abzugsbeschränkung für Pflegeaufwendungen 10/6
- Besteuerung von Sanierungsgewinnen (§ 3 Nr. 66 EStG a.F.) ab 1998 10/7
- Abschreibung eines betrieblich genutzten Personenkraftwagens 10/8
- Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich bei Ehegatten 10/9
- Abgrenzung zwischen stiller Gesellschaft und Genußrechtsverhältnis 10/10
- Abschreibung eines betrieblich genutzten Pkw zwingend bis auf 1 € 11/3
- Abzug von Schulgeld für den Besuch eines engl. Internats 11/4
- Aufwendungen für eine Direktversicherung eines Arbeitnehmerhegatten bei sog. echter Barlohnumwandlung als Betriebsausgaben 11/5

Erbschaftsteuer

- Vermögensübertragung durch Gesellschafter auf KG keine freigebige Zuwendung an diese; keine Grunderwerbsteuerfreiheit f. Grundstücksübertragung durch Gesellschafter auf KG 3/9
- Keine Besteuerung d. Wertzuwachses aufgr. vorangegangener Aufw. des Erben 9/11
- Fiktive Abzugssteuer nach § 14 Abs. 1 Satz 2 ErbStG 10/11
- Ansatz einer Zugewinnausgleichsverpflichtung mit dem Nennwert 11/6
- Bewertung v. in aud. EU-Mitgliedsstaaten o. in einem Staat des Europ. Wirtschaftsraumes belegtem Vermögens u. Berechnung d. ErbSt 11/7

Gewerbsteuer

- Der GmbH und atypisch Still steht der Freibetrag nach § 11 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 GewStG auch dann zu, wenn stiller Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist 4/11

Grunderwerbsteuer

- Steuerfreiheit v. steuerbaren Rechtsvorgängen b. schenkweisender Übertragung d. Anteile an einer grundbesitzenden Gesellschaft 1/11
- GrESt-Bemessungsgrundlage bei umsatzsteuerpflichtigen Grundstücksumsätzen 2/12
- Grundstücksübertragung durch Gesellschafter auf seine GmbH 2/13
- Verschmelzungsvorgänge im Konzern 2/14
- Mehrfachbelastung von Bauherren mit Grunderwerbsteuer und Umsatzsteuer auf dem europäischen Prüfstand 5/9

Grundgesetz

- Zur Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags im Veranlagungszeitraum 2002 4/3

Grundsteuer

- Steuererlass b.i. strukturell bedingter Ertragsminderung 1/12

Kirchensteuer

- Abzug von KSt nur im Jahr der Zahlung 2/11

Körperschaftsteuer

- Verdeckte Gewinnausschüttung durch Geldentnahmen eines GmbH-Geschäftsführers, der Angehöriger eines Gesellschafters ist? Grundsätzlich keine Haftung des Gesellschafters einer GmbH wegen mangelnder Kontrolle des Geschäftsführers 1/9
- Einbeziehung von Jahresfehlbeträgen in d. Bemessungsgrundl. einer Gewinnantieme 2/9
- Veräußerungsgewinnbefreiung nach § 8 b Abs. 2 KStG; Behandlung von Veräußerungskosten, die vor/nach dem Jahr der Anteilsveräußerung entstanden sind 4/10
- Spenden an Kirchengemeinden als verdeckte Gewinnausschüttung 6/10
- vGA bei vertragswidriger privater Pkw-Nutzung durch den Gesellschafter-Geschäftsführer 6/11
- Beurteilung von Betriebsausgaben im Zus.-hang mit Auslandsdividenden 11/9

Lohnsteuer

- BFH holt Entscheidung des BVerfG zur Pendlerpauschale ein 2/10
- Steuerfreiheit einer Abfindung wegen Auflösung des Arbeitsverhältnisses 7/10

Umsatzsteuer

- Steuerbefreiung f. krankengymnastische Leistung durch eine physikalische Praxis GbR 1/10
- Verfassungsbeschwerde gegen Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolglos 4/12
- Vorsteuerabzug aus d. Rechnung e. GmbH 5/6
- Überlassung von Fahrzeugen (Werbemobilen) an soziale Institutionen, Sportvereine und Kommunen 5/7
- Organisat. Eingliederung als Voraussetzung für eine umsatzsteuerrechtliche Organschaft 5/8
- Leistungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter 6/12
- Vermietung eines Pkw an den Arbeitgeber 6/13
- Steuerpflicht von Sponsoring-Einnahmen bei gemeinnützigen Vereinen 7/11
- Vorsteuerabzug nur bei richtiger Anschrift d. Leistenden unabh. v. dessen Rechtsform 7/12
- Rechnungsergänzende Unterlagen bei Dauerleistungen 8/7
- „Stornokosten“ im Beherbergungsgewerbe 10/12

Umwandlungsrecht

- Ausübung des Bewertungswahlrechts bei Einbringung in eine Kapitalgesellschaft 10/13
- Sacheinl. in KG als Veräußerungsgeschäft 11/8